

Der „Briesetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 12 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/2 Pfennig. Nach auswärts Postvorschlag.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birtenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die Geschäftspreise betragen 10 Pfennig, die Reflektierte 20 Pfennig.

Briesetal-Bote

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briesa, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birtenwerder. Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 1. Postfach-Konto: Berlin 62 448. Donnerstag, den 1. Januar 1925. Postfach-Konto Berlin 62448. 24. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

Unter dem Viehbesatz auf Gut Wilhelmshof ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Birtenwerder, den 31. Dezember 1924. Der Amtsvorsteher. J. V. Pieper.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt: Sogelaufen ein junger Schäferhund.

Schluss der Jagd auf Vork, Hasel- und Fasanenhemmen. Für den Regierungsbezirk Potsdam bleibt es hinsichtlich des Schlusses der Jagd auf Vork, Hasel- und Fasanenhemmen für das Jahr 1925 bei dem gesetzlich festgesetzten Termin (31. Januar 1925). Potsdam, den 9. Dezember 1924. Der Bezirksaufseher zu Potsdam. Unterschriften.

Was gibt es Neues.

- Reichskanzler Marx ist von Sigmaringen nach Berlin zurückgekehrt.
- Die deutsche Wirtschaftsdelegation ist wieder in Paris eingetroffen.
- Das Begrüßungsgesuch Reigness ist abschlägig beschieden worden.
- Der Schriftführer Weber ist nach der Tschep-Slowakei entlassen.
- Die französische Antwortnote ist den fünf verbannten Mächten zur Begutachtung unterbreitet worden.
- Das Reichskabinett beschäftigt sich mit der außenpolitischen Lage und der Räumungsfrage.
- Der bulgarische Ministerpräsident Jankoff ist in Bukarest eingetroffen.
- Die Einberufung des Reichstags zum 5. Januar ist nunmehr erfolgt.

Der Streit um die Räumung.

Widerstreitende Meinungen.

Ueber die Räumungsfrage breitet sich mehr und mehr ein künstlicher Nebel. Auf der einen Seite wird gemeldet, daß Köln nicht vor Beginn des nächsten Sommers geräumt werde, auf der anderen Seite behauptet die „Tribuna“, daß sich Italien auf der Vorkonferenz um die Räumung bemüht habe, und daß in der Debatte die Möglichkeit der Räumung der Kölner Zone anerkannt worden sei. Wird wieder erneut behauptet, daß Amerika doch Schritte zu einer Intervention unternommen habe. Die diplomatischen Vertreter Amerikas sollen den Auftrag erhalten haben, im Hinblick auf die großen wirtschaftlichen Interessen, die Amerika selbst in Europa habe, bei den alliierten Regierungen darauf hinzuwirken, daß

eine geeignete Kompromißformel

gefunden werde, um die Frage der Räumung der Kölner Zone in Verbindung mit einer beschleunigten Räumung des Ruhrgebietes aus der Welt zu schaffen. Von amerikanischer Seite dürfte man bei dieser Gelegenheit betont haben, daß die Einzelheiten der Abrüstungsfrage Amerika „nicht berühren“, aber daß die amerikanischen Bürger und Banken als gläubiger Deutschlands und Frankreichs daran interessiert seien, daß der Danesplan und Frankreichs Aktion zur Sanierung des Frankens möglichst reibungslos durchgeführt werden könnten.

Angedachte deutsche Erhöhungen.

Der „Eclair“ will sogar wissen, daß Herriot einem Kompromiß nicht abgeneigt sei. Das Blatt berichtet in tendenziöser Form Einzelheiten aus der Unterredung, die der deutsche Botschafter vor dem letzten Zusammentritt der Botschafterkonferenz mit Herriot geführt hat. Der Botschafter soll darauf hingewiesen haben, wenn die Aufrechterhaltung der Kölner Besetzung beschlossen werde, würden die Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich unter Umständen unterbrochen werden. Der Sachverständigenplan würde dann nicht länger zur Ausführung gelangen. Herriot habe darauf dem deutschen Botschafter die Zusicherung gegeben, daß er eine Politik der Versöhnung fortsetzen und ein Kompromiß in der Frage der Räumung Kölns herbeiführen werde.

Der englische Standpunkt.

Die Londoner Blätter veröffentlichen eine offiziöse Note, die den Standpunkt der englischen Regierung über die Aufrechterhaltung der Besetzung Kölns darlegt. England wünsche aufrichtig, heißt es darin, daß Köln so schnell wie möglich geräumt werde. In London bestände keinerlei Neigung, gegen das Interesse Deutschlands zu handeln. Immerhin müsse Deutschland England und seine Verbündeten davon überzeugen, daß es die Abrüstungsklauseln des Vertrages dem Buchstaben und dem Geiste nach erfüllt habe. Zu die-

ser Ueberzeugung hätten die alliierten Mächte infolge der letzten Waffenfunde noch nicht gelangen können.

Die Rolle des englischen Botschafters in Berlin.

Nach einem Berliner Bericht der „Chicago Tribune“ soll sich die englische Regierung auf Grund der Berichte ihres Berliner Botschafters zur Verlängerung der Besetzung Kölns entschlossen haben.



Ein recht glückliches neues Jahr

unseren verehrten Inszenten, Annoncen-, Geschäftsfreunden, Mitarbeitern und allen Freunden unseres Blattes

Redaktion
Verlag und Expedition
des Briesetal-Bote
(Hohen Neuendorfer Zeitung)

In seinem letzten Telegramm kurz vor Weihnachten, habe der Botschafter erklärt, daß die Maßnahmen gegen die vollständige Abrüstung sich bitter rächen werden. Er betonte, daß die große Masse des deutschen Volkes überwiegend freundlich gesinnt sei, jedoch dem Einfluß einer militärischen Clique (?) unterliege. Er beantragte in seinem Telegramm die sofortige Veröffentlichung des ganzen Berichtes der Kontrollkommission, von der er sich eine Wirkung auf die öffentliche Meinung und eine Auflöser der alliierten Länder verspricht. Er fügte dann hinzu, es sei notwendig, den linksstehenden Kreisen in Deutschland Argumente gegen die „deutschen Militaristen“ in die Hand zu geben.

Man wird abwarten müssen, wie weit sich diese Behauptungen der „Chicago Tribune“ bestätigen. Sollte sich der englische Botschafter in Berlin in der Tat zu einer solchen Aussage hergegeben haben — was sehr unwahrscheinlich ist — so würde die deutsche Regierung gut tun, auf seine Erziehung durch eine geeignete Persönlichkeit zu dringen.

Kollets angebliche Waffenfunde.

Eine Erklärung in der Kammer.

Das Kabinett Herriot hat in der Kammer wieder einmal einen Sieg errungen. Mit 302 Stimmen bei 65 Stimmenthaltungen wurde die Interpellation Jbarney über die Verfolgung des „Eclair“ ohne Festsetzung des Datums vertagt. Bei der Sesselbewahrung in Beantwortung der Interpellation erklärte, will Herriot selbst nach seiner Wiederherstellung auf sämtliche Fragen Rede und Antwort stehen.

Bei Begründung der Interpellation legte Warnay den Standpunkt der Opposition in einer längeren Ansprache dar, in der er sagte, daß das gerichtliche Verfahren gegen „Liberts“ und „Eclair“ eine Verletzung der Pressefreiheit bedeute. Das erwähnte Blatt ziehe man zur Verantwortung, weil es auf die kommunistische Gefahr hingewiesen habe. Die Regierung könne aber doch nicht in Abrede stellen, daß bei der Ueberführung von Saures ins Pantheon eine Armee von 80 000 Kommunisten aufgeboden wurde. Andererseits könne der vom „Eclair“ veröffentlichte Kontrollbericht des Generals Kollet an Marschall Hoch vom letzten April nicht als ein Staatsverbrechen bezeichnet werden. Die Veröffentlichung liege vielmehr im Interesse der öffentlichen Meinung Frankreichs, die über den Stand der deutschen Rüstungen aufgeklärt werden müsse.

Eine Erklärung Kollets.

General Kollet stellte fest, daß die Veröffentlichung des betreffenden Berichtes die französische Regierung in große Verlegenheit setze, da es sich um ein internationales Dokument handele. Die Veröffentlichung entspreche nicht den internationalen Gebräuchen und

tönne von den alliierten Mächten als eine Unhöflichkeit verstanden werden. Kollet ging dann auf den

Stand der deutschen Abrüstung

ein. Ende 1922 seien von der Kommission bemerkenswerte Ergebnisse erzielt worden. 33 000 Kanonen, 114 Millionen Granaten und ebenso eine große Zahl von Minenwerfern seien zerstört worden. 1923 habe die deutsche Abrüstung eingesetzt, und die Kontrolltätigkeit sei während 18 Monaten gelähmt gewesen. Im Oktober 1924 sei die Kontrolle wieder aufgenommen und bei dieser Gelegenheit die letzten auffeinerregenden Waffenfunde (?) gemacht worden.

Aus der Mitteilung des Kriegsministers geht hervor, daß der Beamte des Kriegsministeriums, der für den „Eclair“ eine Abschrift des fraglichen Kontrollberichtes verschafft hat, zur Verantwortung gezogen werden wird. Das Verfahren gegen den „Eclair“ selbst dürfte vermutlich eingestellt werden.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 31. Dezember 1924.

Das Rheinland und die Kölner Frage. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ hat der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Moldenhauer an den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, folgendes Telegramm gerichtet: „Das Rheinland erwartet schärfsten Widerspruch der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volkes gegen die verweigerte Räumung der nördlichen Zone.“

Der heftige Landtag wählte den bisherigen Präsidenten Adeling mit 65 Stimmen wieder. Die vier kommunisten stimmten für den Abg. Dr. Greiner. Zu Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Ruß (Str.) und Dr. Henbold (Bauernbund) gewählt. Präsident Adeling verlas nach einer Ansprache die Mitteilung des Staatspräsidenten Ulrich, daß die Regierung ihre Geschäfte dem Landtage bis zur neuen Regierungsbildung übergibt. Die Regierungsbildung wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Der neue Kurs in Braunschweig. Die neuen Minister Marquardt, Bieff und von Gronow haben ihre Geschäfte übernommen. Regierungsrat Dr. Bogt vertritt den bis auf weiteres beurlaubten Oberlehrer Dr. Stöckel, der vom Vorsitzenden des Staatsministeriums folgendes Schreiben erhielt: „Im Hinblick auf die gegen ihre Amtsführung vorliegenden schweren Bedenken ist die einseitige Entstellung jeder Amtsausübung durch Sie bis nach erfolgter Durchführung einer eingehenden Prüfung Ihrer gesamten Tätigkeit im dienstlichen Interesse geboten. Demgemäß beurlaube ich Sie bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung sowohl als Referent für das höhere Schulwesen, wie als Leiter des Landesbureauams. Weitere Maßnahmen bleiben vorbehalten.“ Auch das Presseamt, das bisher von einem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten geführt wurde, ist bis auf weiteres aufgehoben worden.

Infamtritt des bayerischen Verfassungsausschusses. Wie aus Münchener parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Verfassungsausschuß am 7. Januar nachmittags die Beratung des Kontordats und der Verträge mit den evangelischen Landeskirchen fortsetzen. Der Wahlprüfungsausschuß tritt am 8. Januar zusammen, um die Frage der Gültigkeit der Landtagsmandate endgültig zu entscheiden.

Sieben Wahlvorschlüsse für die sippische Landtagswahl. Für die Landtagswahl in Lippe sind sieben Wahlvorschlüsse eingereicht worden, und zwar von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und von zwei kleineren bürgerlichen Interessengruppen. Die Deutsche Volkspartei hat mit dem Zentrum ein Wahlabkommen getroffen, demzufolge die fünfte Stelle auf der volksparteilichen Liste einem Kandidaten des Zentrums eingeräumt wird.

Auslands-Rundschau.

Italien: Mussolini über die Wahlvorlage.

Mussolini hat vor der Versammlung der faschistischen Presse im Palazzo Venezia eine kurze Ansprache gehalten, in der er die Bedeutung der Presse gerade in einer Zeit der höchsten Spannung wie die gegenwärtige hervorhob. Auf die Wahlvorlage kommend, meinte Mussolini, sie werde den Faschismus zum letzten und entscheidenden Siege führen und es ermöglichen, auf dem Wege der Gesetzgebung die faschistische Revolution auszubauen. Die Vorlage habe daher eine große politische Bedeutung und sei nur der Anfang vom Kommen. Die Auflösung der Opposition